

L 989 J

Asylpolitik



Asylchaos stoppen

Die Schweiz hat eine humanitäre Tradition und nimmt Menschen auf, die an Leib und Leben verfolgt sind. Seit keine klare Abgrenzung zwischen Asyl- und Migrationspolitik mehr besteht, müssen wir uns in der Schweiz tausende von Wirtschaftsflüchtlingen auf Staatskosten leisten. Die Behörden lassen sich systematisch an der Nase herumführen. Die SVP sagt der verfehlten Asylpolitik, die zu explodierenden Kosten, mehr Kriminalität und gesellschaftlichen Problemen führt, den Kampf an.



“ Das Asylwesen hat nichts mehr mit der humanitären Tradition zu tun. Es ist zu einem Milliardengeschäft verkommen. In Afrika kassieren die kriminellen Schlepperbanden, in der Schweiz macht die Sozialindustrie Kasse. ”

Human, nicht naiv

Die Schweiz hat seit je Menschen aufgenommen, die in ihrer Heimat verfolgt und an Leib und Leben bedroht waren. Unsere humanitäre Tradition ist älter als jede internationale Flüchtlings- oder Menschenrechtskonvention. Doch diese humanitäre Tradition bedeutet nicht, dass wir uns eine rosa-rote Brille aufsetzen müssen. Fakt ist: Es wird immer weniger klar zwischen Asylanten und Wirtschaftsmigranten (Gastarbeitern) unterschieden. Immer mehr Menschen aus den ärmeren Regionen der Erde missbrauchen den Asylweg, um in der Schweiz ohne Visum oder Aufenthaltbewilligung ihr Glück zu suchen. Indem wir die Wirtschaftsflüchtlinge von A bis Z durch den Staat und somit den Schweizer Steuerzahler finanzieren, laden wir sie geradezu ein, sich als «Flüchtling» auszugeben und schaffen Ungerechtigkeiten gegenüber all jenen, welche sich an die Einwanderungsgesetze halten.

Asylindustrie ist ein Milliardengeschäft

Wer hier ein Asylgesuch stellt, erhält vom ersten Tag an staatliche Unterstützung. Er kann sich kostenlos medizinisch versorgen lassen, sich frei bewegen und wird von Asyl-Juristen und Hilfswerken freudig aufgenommen, beraten und betreut. Wegen dieser staatlichen Rundumversorgung ist mittlerweile eine regelrechte Asylindustrie entstanden. Linke Juristen, Sozialarbeiter und sonstige Profiteure dürften kaum Interesse haben, von Rekursen abzuraten oder zur raschen Heimkehr zu animieren. So ziehen sich die Verfahren oft unnötig lange hin. Selbst Personen, bei denen von Anfang an klar ist, dass sie

nicht verfolgt werden, dürfen so für Jahre, teilweise ihr ganzes Leben, in der Schweiz bleiben.

«Schengen/Dublin» funktioniert nicht

Wegen des «Schengen/Dublin»-Abkommens darf die Schweiz ihre Grenzen nicht mehr systematisch kontrollieren. Das Ziel ist, dass die illegale Zuwanderung an der Schengen-Aussengrenze abgewehrt wird. Doch der EU-Grenzschutz funktioniert nicht. Skrupellose Schlepper und Menschenhändler sind die Profiteure. In Europa angekommen, wird nur ein Teil der Zuwanderer registriert. Damit verstossen die überforderten Mittelmeerländer klar gegen das Dublin-Abkommen. Der freie Reiseverkehr (offene Schengen-Grenzen) innerhalb Europas führt dazu, dass Illegale nur per Zufall aufgegriffen werden. Die Migranten können so ungehindert und unregistriert in jenes Land reisen, in dem sie die besten Leistungen erhalten, also nach Nordeuropa und in die Schweiz. Selbst jene, die bereits in einem anderen Land registriert wurden, können oft nicht zurückgeschickt werden. Denn entweder weigern sich die jeweiligen Staaten oder die Frist wird willentlich verpasst.

Kosten im Asylbereich nehmen markant zu

Die Menge an Asylgesuchen hat direkte Auswirkungen auf die Kosten des Asylwesens. So wird allein auf Bundesebene bis 2022 mit jährlichen Kosten über 1.4 Milliarden Franken gerechnet. Verglichen mit 2014 ist das eine Kostensteigerung von über 57%. Dabei handelt es sich in erster Linie um Transferzahlungen an die Kantone. Der Bund hat sich nämlich



Die Asylkosten explodieren!



Jährliche Kosten des Asylwesens auf Bundesebene, ohne Gemeinden und Kantone

verpflichtet, die Sozialhilfe von Flüchtlingen je nach Status während 5 bis 7 Jahre zu vergüten. Nach Ablauf dieser Frist tragen die Kantone und Gemeinden die vollen finanziellen Konsequenzen der desaströsen Asylpolitik des Bundes. Dazu gehören auch Folgekosten für Schulen, Heilpädagogik, Sozialarbeiter, Infrastruktur, Betreuungsindustrie, Polizei, Gerichte und damit zusammenhängende Dolmetscherdienste usw.

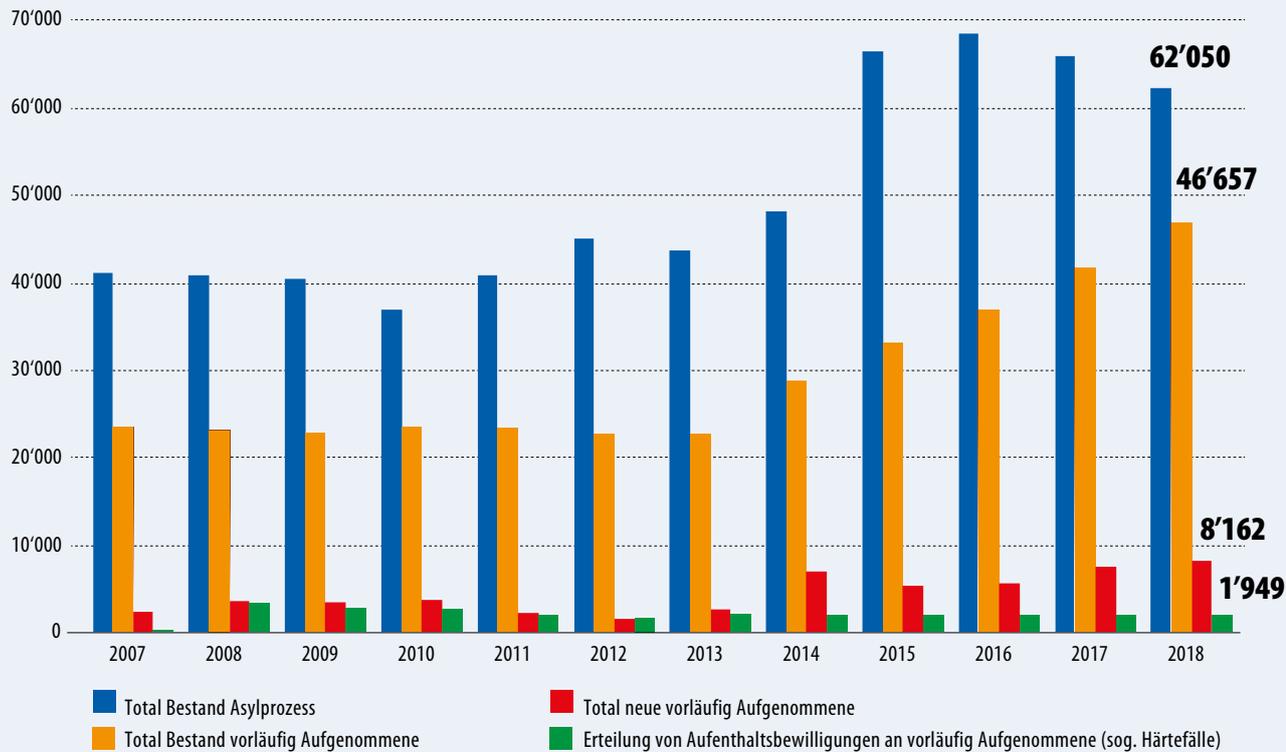
Gemeinden und Kantone müssen Steuern erhöhen

Das zuständige Bundesdepartement weigert sich selbst auf Nachfrage des Parlaments, die Gesamtkosten des Asylwesens in der Schweiz zu berechnen. Man verweist lapidar auf die geteilte Zuständigkeit von Bund und Kantonen, obwohl in anderen Politikbereichen Statistiken erstellt werden. Klar ist, dass Gemeinden und Kantone bereits heute unter den immensen Sozialhilfekosten des Asylwesens ächzen. Ein Beispiel ist die Aargauer Gemeinde Aarburg mit ihren 8'000 Einwohnern: Ein Drittel des gesamten Gemeindebudgets geht für die Sozialhilfe drauf. Ein Grossteil der Bezüger sind ehemalige Asylbewerber. Diese Situation wird sich schweizweit verschärfen, wenn die Bundessubventionen für das Rekordjahr 2015 dereinst auslaufen. Schweizweit betrug die Sozialhilfequote im Asylbereich 2017 ungläubliche 90.4%. Es bezahlt vor allem der Mittelstand.

Übermässig hohe Kriminalitätsrate bei Asylbewerbern

Hohe Kosten in den Kantonen verursachen auch die Kriminalitätsbekämpfung und der Strafvollzug. Denn Asylbewerber verstossen um ein Vielfaches häufiger gegen die Schweizer

Ohne Rückführungen bleiben immer mehr Asylanten in der Schweiz!



Rechtsordnung, als dies Schweizer oder andere ansässige Ausländer tun. Während Personen im Asylbereich rund 1,4% der Bevölkerung ausmachen, waren Asylbewerber 2017 für über 10% aller Vergewaltigungen und Tötungsdelikte verantwortlich. Wer dermassen gegen die Rechtsordnung des Gastlandes verstösst, kann nicht wirklich an Leib und Leben bedroht sein, sonst würde er die sichere Zuflucht nicht mit kriminellem Verhalten aufs Spiel setzen. Renitente und straffällige Asylbewerber sind in geschlossenen Zentren unterzubringen und baldmöglichst des Landes zu verweisen.

Politische Führung entscheidend

Die Verantwortung für den Zustand des Asylwesens liegt beim zuständigen Bundesratsmitglied und dessen politischem Willen. Anstatt die Probleme zu lösen, eilt man von Ankündigung zu Ankündigung und schiebt den «Schwarzen Peter» den Kantonen und Gemeinden zu. Diese müssen dann Unterbringungsfragen, Sicherheitsprobleme, Integrationsaufgaben lösen, die es eigentlich gar nicht erst geben dürfte. Es muss zwingend auf Bundesebene dafür gesorgt werden, dass die Schweiz für Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten unattraktiv wird. Asylmissbraucher müssen möglichst schnell wieder in ihre Heimatstaaten zurückgeschickt werden.

Massnahmen gegen die illegale Einreise

Der effektivste Weg, die Probleme im Asylwesen zu lösen, wäre es, dafür zu sorgen, dass Scheinflüchtlinge gar nicht erst in die Schweiz kommen. Da die Kontrolle an der «Schengen»-

Aussengrenze erwiesenermassen nicht funktioniert und sich einzelne EU-Staaten nicht an das «Dublin»-Abkommen halten, muss die Schweiz ihre Grenzen wieder selber systematisch kontrollieren. Das Grenzwachtkorps ist dabei mit modernen technischen Überwachungsmitteln auszurüsten und durch die kantonalen Polizeikorps sowie notfalls die Armee zu unterstützen.

Keine Einreise aus sicheren Staaten

Die illegale Einreise und der illegale Aufenthalt, aber auch die Beihilfe dazu, sind konsequent zu verfolgen. Wer aus einem Staat in die Schweiz einreist, in dem er nicht verfolgt wird, darf kein Anrecht auf Asyl haben, da wirklich Verfolgte ja bereits in diesem Staat Schutz hätten finden müssen. Dieses Prinzip, auf welchem auch das «Dublin»-Abkommen basiert, muss endlich durchgesetzt werden. Bei Kriegsflüchtlingen sollte zudem die Hilfe vor Ort und in ihrem unmittelbaren geografischen Umfeld im Vordergrund stehen.

Attraktivität für Scheinflüchtlinge senken

Ein Asylgesuch in der Schweiz soll sich für Scheinflüchtlinge nicht mehr lohnen. Die Attraktivität des Schweizer Asylwesens muss daher markant gesenkt werden. Einerseits sind die Sozialleistungen generell zu senken, damit der Anreiz zur Erwerbstätigkeit von anerkannten Flüchtlingen steigt. Andererseits ist Not- und Sozialhilfe für Personen im Asyl- und Flüchtlingswesen nur noch in Form von Naturalien und Gutscheinen auszurichten. Geldsendungen in die Herkunftsländer müssen konsequent unterbunden werden, da diese noch mehr

Menschen zum Aufbruch nach Europa ermuntern. Während des Verfahrens sollen die Asylbewerber in kontrollierten Zentren mit klar definierten Bewegungsräumen untergebracht werden, um das Abtauchen zu verhindern. Es sind sämtliche technischen Mittel, inkl. Mobiltelefonaten und soziale Netzwerke sowie nachrichtendienstliche Quellen, auszuschöpfen, um die Herkunft der Asylbewerber und ihre Darstellung des Sachverhalts zu überprüfen. Wer das Verfahren boykottiert oder sich nicht an die Schweizer Rechtsordnung hält, soll bis auf weiteres in einem geschlossenen Zentrum untergebracht werden.

Flüchtlingsstatus regelmässig überprüfen

Wer als Flüchtling anerkannt oder vorläufig aufgenommen wird, dessen Status soll regelmässig überprüft werden. Wer für Ferien oder aus anderen Gründen in seine Heimatregion reist, ist offenbar nicht mehr verfolgt. Folglich ist der Flüchtlingsstatus mit sämtlichen Privilegien umgehend abzuerkennen und eine Ausweisung anzuordnen oder die Wiedereinreise zu verweigern. Darüber hinaus soll der Abschluss von Rückübernahmeabkommen eine hohe Priorität erhalten. Staaten, die ihre von der Schweiz ausgewiesenen Bürger nicht zu-

rücknehmen, sollen keine Entwicklungshilfe erhalten. Die Diplomatie ist klar in den Dienst der Landesinteressen zu stellen.

Rückweisungen umgehend durchführen

Personen mit abgelehntem Asylgesuch oder denen der Flüchtlingsstatus aberkannt wurde, müssen möglichst rasch in ihre Heimat zurückgeschickt werden. In der Zeit vor der Wegweisung sollen diese Personen nur noch Nothilfe in Form von Naturalien erhalten. Wer sich der Rückweisung widersetzt, ist in Haft zu nehmen und mit Zwang auszuschaffen. Die Kantone sind besser zu unterstützen, aber auch in die Pflicht zu nehmen. Eine lasche Ausweisungspraxis oder die Fortführung von Sozialhilfezahlungen an Personen mit Ausweisungsentcheid durch gewisse Kantone schadet den Landesinteressen und ist daher zu unterbinden.



Standpunkte

Die SVP ...

- will Wirtschaftsmigranten konsequent zurückschicken, damit den wirklich Verfolgten geholfen werden kann;
- fordert eine konsequente Umsetzung der geltenden Asylgesetze und speditive Entscheide;
- fordert, dass für Kriegsflüchtlinge die Hilfe vor Ort im Vordergrund steht;
- verlangt die konsequente Durchsetzung des Dublin-Abkommens, sodass Personen aus sicheren Drittstaaten kein Asylverfahren mehr erhalten;
- will, dass die Grenzen baulich verstärkt und die Kontrollen intensiviert werden;
- verlangt, dass die wissenschaftlichen Methoden zur Feststellung des Alters bei angeblich minderjährigen Asylbewerbern konsequent und lückenlos angewandt werden;
- verlangt die Möglichkeit der Identifizierung von Asylsuchenden durch Auswertung von Kommunikationsgeräten;
- fordert kontrollierte Zentren bei laufenden Asylverfahren und geschlossene Zentren für renitente und straffällige Asylbewerber;
- fordert die Senkung der Unterstützungsleistungen für Personen aus dem Asylbereich auf allen Stufen;
- verlangt, dass abgelehnten Asylbewerbern die Unterstützungsleistungen auf das Lebensnotwendige beschränkt werden;
- fordert ein Verbot bzw. eine Beschränkung des Familiennachzugs;
- verlangt, dass Flüchtlinge, die in ihr Heimatland reisen, ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz auf der Stelle verlieren;
- fordert, dass Asylsuchende, «Sans Papiers» und vorläufig Aufgenommene, zwecks Kostentransparenz, in einer separaten Krankenkasse mit reduziertem Grundleistungskatalog zu versichern sind;
- verlangt, dass straffällige gewordene Asylsuchende sofort aus dem Asylprozess ausgeschlossen und abgewiesen werden;
- fordert die schnelle Rückschaffung vorläufig Aufgenommener und damit verbunden keine Integration in den Arbeitsmarkt.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Mensch die Garantie, dass die Schweiz echten Verfolgten Zuflucht bietet, getreu ihrer humanitären Tradition;
- ✓ als Steuerzahler eine geringere Belastung durch Kosteneinsparungen im Asylwesen und den verbundenen Sozialausgaben;
- ✓ als Bürger die Gewissheit, dass sich unser Staat von Wirtschaftsmigranten nicht über den Tisch ziehen lässt;
- ✓ im Alltag mehr Sicherheit, weil sich betrunkenes Herumlungern sowie Kleinkriminalität für Asylbewerber nicht mehr lohnt und Gewaltkriminalität hart bestraft wird.